

Arbeitsgruppe soll es richten

Kunststreit: SPD für Ausschuss

Ministerpräsident Günther Oettinger gab sich gestern alle Mühe, möglichst gelassen zu wirken im Dickicht der Ungereimtheiten rund um den geplanten Kauf badischer Kunstschatze. Es gehe nicht um Kategorien wie Peinlichkeit, erklärte der Regierungschef in Stuttgart. Immerhin muss sich Oettinger des Vorwurfs erwehren, seine Experten hätten bei der Klärung der Besitzverhältnisse badischer Kunstschatze schlampige Arbeit abgeliefert – was den Steuerbürger am Ende teuer zu stehen kommen könnte.

Auf etliche Gutachten und Quellen habe man zurückgegriffen, bevor man die acht Millionen Euro schwere so genannte Markgrafentafel dem Besitz des Hauses Baden zugerechnet habe, verteidigte sich der Ministerpräsident. „Ich kann ja nicht selber hingehen und nachschauen.“ Die Landesregierung sei aber lernfähig. Deshalb soll es jetzt eine Arbeitsgruppe richten. Nach den Worten von Wissenschaftsminister Peter Frankenberg wird das Sachverständigenremium sämtliche strittigen Eigentumsfragen klären. Zugleich dämpfte Frankenberg allzu hohe Erwartungen: Auch nach der Prüfung werde es eine gewisse „Grauzone“ geben. Das bisherige Finanzierungsmodell werde jedoch voraussichtlich weiter Bestand haben.

Grundlage der jetzt geplanten systematischen Prüfung ist Archivmaterial, das bei den bisherigen Gutachten nicht genutzt worden sei. Bislang habe man vielmehr „verfassungsrechtliche Aspekte“ beleuchtet, sagte Frankenberg. Schnell werden die Fachleute voraussichtlich nicht zu Ergebnissen kommen. Günther Oettinger hat die Parole „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ ausgegeben. Dem Expertengremium gehört unter anderem der Freiburger Historiker Dieter Mertens an. Er hatte den Nachweis erbracht, dass die Markgrafentafel längst dem Land gehört.

Dessen ungeachtet hat das Haus Baden zwischenzeitlich ein vierseitiges Kurzgutachten vorgelegt, das der Darstellung Mertens' widerspricht. Entgegen anders lautenden Behauptungen sei die Markgrafentafel sehr wohl Eigentum des Hauses Baden, so die Quintessenz des Schriftstücks. Ministerpräsident Oettinger mochte das kurz zuvor im Staatsministerium eingegangene Gutachten gestern noch nicht bewerten. „Das Vertrauensverhältnis zwischen Landesregierung und Haus Baden ist nach wie vor ungetrübt“, sagte er lediglich. Es gebe keine Anhaltspunkte für eine Täuschung.

Unterdessen hat die SPD-Opposition im Landtag angekündigt, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Fraktionsführerin Ute Vogt sprach von „skandalösem Fehlverhalten der Landesregierung im Umgang mit Kulturgütern des Landes“. Nur über einen Untersuchungsausschuss könnten die Vorgänge aufgeklärt werden. Dabei müsse auch geklärt werden, welche Rolle Gefälligkeiten gegenüber dem Haus Baden beim geplanten „Ausverkauf“ gespielt haben können. Die Grünen erklärten, man benötige zunächst weitere Informationen über den angestrebten Vergleich. Einsicht in Akten und Gutachten sei erforderlich, zudem müssten vor dem Finanzausschuss die Gutachter angehört werden. Erst wenn dies nicht zum Ziel führen sollte, könne man einen Untersuchungsausschuss unterstützen.

Wolfgang Voigt